

25.11.2014

Antrag

der Fraktion der FDP

Pläne des Bundeswirtschaftsministers zur Abschaltung von Kohlekraftwerken sind Anschlag auf den Wirtschaftsstandort NRW

I. Ausgangslage

Die Europäische Union hat im Oktober 2014 die klima- und energiepolitischen Ziele der EU für das Jahr 2030 beschlossen. Der Treibhausausstoß soll im Vergleich zum Jahr 1990 europaweit um 40 Prozent gesenkt werden. Die Bundesregierung hat sich dagegen zum Ziel gesetzt, in Deutschland die enorme Kraftanstrengung bereits bis zum Jahr 2020 erreichen zu wollen. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass dieses Ziel nicht vollständig erreicht wird. Bis zum Jahr 2020 muss durch zusätzliche Maßnahmen eine weitere Minderung von ungefähr sieben Prozent erreicht werden. Am 24. November 2014 sind die Pläne des SPD-Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, öffentlich geworden, wie die zusätzlichen Einsparungen bei den Treibhausgasemissionen erreicht werden sollen. Neben Verminderungen in den Sektoren Verkehr und Landwirtschaft sowie durch eine verbesserte Energieeffizienz soll die schrittweise Abschaltung von Kohlekraftwerken gesetzlich erzwungen werden.

Ungefähr die Hälfte der deutschen Braun- und Steinkohleverstromung findet in Nordrhein-Westfalen statt. Ebenfalls befinden sich zwei Drittel der Arbeitsplätze im Kohlebergbau und ein Viertel der Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft in NRW. Durch den von Gabriel geplanten Kohleausstieg wäre das Energie- und Industrieland Nr. 1 massiv betroffen. Bürger und Unternehmen in unserem Land müssen darauf vertrauen können, dass Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit, in jeder Menge und zu bezahlbarem Preis vorhanden ist.

Die Pläne zur Zwangsabschaltung von Kohlekraftwerken bewirken jedoch das Gegenteil. Auf Kosten der Versorgungssicherheit führt die Abschaltung von Kohlekraftwerken zu weiter steigenden Strompreisen. Die Abschaltung von 10.000 Megawatt Braun- und Steinkohleverstromung würde zu einer Anhebung des Großhandelspreises um bis zu 0,5 ct./kWh führen. Dabei liegen bereits heute die deutschen Strompreise für Industrie und Gewerbe rund 19 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Die Abschaltung von Kohlekraftwerken gefährdet deshalb die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Mittelstand und damit Arbeitsplätze.

Datum des Originals: 25.11.2014/Ausgegeben: 25.11.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Dem verantwortungsvollen Klimaschutz bringt die Kraftwerksabschaltung dagegen keinen Mehrwert. Denn CO₂ wird auf diese Weise nur in der nationalen Bilanz eingespart, wegen des Emissionshandels wird im europäischen Maßstab aber kein Gramm CO₂ weniger ausgestoßen. Folge von deutschen Kraftwerksabschaltungen ist, dass weniger effiziente Kraftwerke in anderen europäischen Staaten mit den freiwerdenden Zertifikaten länger am Leben erhalten werden. Die nationalen Klimaschutzziele werden nicht mit ideologisch verbrämten Kohleausstiegsphantasien erreicht, sondern durch Hebung der effizientesten technisch-wirtschaftlichen CO₂-Minderungspotenziale.

Dies erfordert eine zügige und ambitionierte Weiterentwicklung und Stärkung des europäischen Emissionshandels, unter Einbezug sämtlicher Wirtschaftsbereiche und der Energieeffizienz sowie übergangsweise Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Wärmemarkt. Der Wärmemarkt hat mit 40 Prozent den größten Anteil am deutschen Energieverbrauch. Um die Effizienzpotenziale zu heben, ist die – maßgeblich von der NRW-Landesregierung blockierte – steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung unerlässlich.

Zu dieser Erkenntnis sind inzwischen zumindest auch Teile der nordrhein-westfälischen Landesregierung gelangt. In seinem Beitrag für „Die Zeit“ vom 20. November 2014 stellte SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin fest: „Vielversprechender als der Kohleausstieg ist die Gebäudesanierung, die sich aber für Investoren erst langfristig rentiert. Sie müsste deshalb mit einem steuerlichen Anreiz oder besserer KfW-Förderung angetrieben werden.“

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene uneingeschränkt für die Interessen des Wirtschafts- und Industriestandortes Nordrhein-Westfalen einzusetzen und sich bei einem Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat gegen die Pläne zur Zwangsabschaltung von Kohlekraftwerken auszusprechen.

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes
Henning Höne

und Fraktion